

POLITIKBERATUNG UND -KOMMUNIKATION

Corona-Pandemie: Die Stunde der Experten?

Dr. Susanne Cassel und Dr. Michael Zibrowius

Die Corona-Pandemie stellt die gesamte Welt vor enorme Herausforderungen. Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und die Gesundheitssysteme vor Überlastung zu schützen, wurden in vielen Ländern weit reichende und bislang unvorstellbare Maßnahmen ergriffen. Insbesondere die wochenlangen Kontakt- oder sogar Ausgangssperren beschränken die individuelle Freiheit der Menschen in hohem Maße. Nachdem die Lockdowns zu ersten Erfolgen bei der Eindämmung des Virus geführt haben, fokussiert sich die Diskussion nun darauf, wie eine schrittweise Rückkehr zum sozialen und wirtschaftlichen Leben erreicht werden kann.

Die gesundheitspolitischen Maßnahmen haben starke kurzfristige wirtschaftliche Folgen - die Bundesregierung geht in ihrer Frühjahrsprojektion davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 6,3 Prozent zurückgeht. Langfristige ökonomische Auswirkungen werden sich dagegen erst später in vollem Ausmaß zeigen. So ist damit zu rechnen, dass sich der stark eingeschränkte Schulunterricht negativ auf Bildungserfolge von Kindern auswirkt, Lernungleichheit erhöht und letztlich zu einer schlechteren Einkommensentwicklung führt. Zudem ist davon auszugehen, dass sich die Lockdown-Maßnahmen unterschiedlich auf die Einkommens- und Karrierechancen von Frauen und Männern auswirken. Auch stellen sich Fragen danach, ob z. B. das Innovationsgeschehen aufgrund mangelnder Kontaktmöglichkeiten signifikant abnimmt, ob die Krisenmaßnahmen zu Inflation führen, welche Konsequenzen sich aus der weltweit stark zunehmenden Staatsverschuldung ergeben, ob das bisherige Ausmaß der Globalisierung aufrecht erhalten werden soll und nicht zuletzt, ob unser marktwirtschaftliches System die Krise unbeschadet überstehen wird.

Sowohl medizinisch als auch wirtschaftspolitisch sieht sich die Welt aktuell mit einem hohen Maß an Wissensmangel und Unsicherheit konfrontiert. Obwohl das Wissen über das Corona-Virus täglich zunimmt, sind nach wie vor viele Fragen unbeantwortet. Wirtschaftspolitisch stellt die aktuelle Krise alles bisher Dagewesene in den Schatten. Historische Erfahrungen helfen nur bedingt, um geeignete Maßnahmen zu identifizieren. Im Umgang mit der Pandemie betreten wir an vielen Stellen Neuland. Gleichzeitig fordern Interessenvertreter mit Nachdruck vielfältige, teilweise altbekannte Maßnahmen für ihre Klientel und begründen dies mit der Corona-Krise. Für Politik bedeutet dies, dass sie sehr komplexe Abwägungen unter sehr hoher Unsicherheit und großem Zeitdruck vornehmen muss.

Vor diesem Hintergrund hat sich eine Renaissance der Politikberatung vollzogen. Weltweit stützen sich Politikerinnen und Politiker auf den Rat von Experten. Virologen werden zu Medienstars und „Chef-Erklärern“, und auch der Rat von Ökonomen ist wieder stärker gefragt. Schlägt nun die Stunde der Experten oder sind Experten gar die besseren Politiker? Herrscht jetzt der (medizinische) Sachzwang? Derzeit prallen das politische System mit seiner Machtlogik und das Wissenschaftssystem mit seiner Logik der Wahrheitssuche in besonderer Weise aufeinander. Während es wissenschaftsimmanent ist, aus Fehlern zu lernen und „sich nach oben zu irren“, sind im politischen System eindeutige Antworten gefragt, Fehler bedeuten oftmals das politische Aus. Die aktuelle Situation zwingt jedoch die Politik zu einem schnellen Learning by Doing, bei dem Fehlertreten, die korrigiert werden müssen.

Angesichts der immensen Auswirkungen politischer Entscheidungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft und der großen Unsicherheit kommt wissenschaftlicher Evidenz ein hoher Stellenwert zu. Je besser wir verstehen, wie die Pandemie verläuft und ob bzw. wie bestimmte Maßnahmen wirken, desto besser können wir auf die Krise reagieren und damit unnötiges Leid und unnötige Kosten vermeiden. Um valide Schlussfolgerungen ziehen zu können, sind belastbare Daten notwendig. Diese lassen sich jedoch aus den aktuellen Tests, die sich im Wesentlichen auf konkrete Verdachtsfälle konzentrieren, nicht generieren. Nötig sind repräsentative Stichproben und kon-

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Es existiert aktuell ein hohes Maß an Wissensmangel und Unsicherheit. Im Umgang mit der Pandemie betreten wir an vielen Stellen Neuland.
- Politik muss komplexe Abwägungen unter sehr hoher Unsicherheit und großem Zeitdruck vornehmen.
- Politikberatung erlebt derzeit eine Renaissance. Weltweit stützen sich Politikerinnen und Politiker auf den Rat von Experten.

Politikempfehlung:

- Evidenzbasierte Entscheidungsgrundlagen durch repräsentative Stichproben und kontrollierte Experimente schaffen. Dabei möglichst kleinräumig vorgehen.
- Für mehr Diversität in der Beratung hinsichtlich der Wissenschaftsdisziplinen, der Denkschulen innerhalb der Disziplinen sowie bezüglich Alter und Geschlecht sorgen.
- Maßnahmen politisch gut kommunizieren. Verdeutlichen, dass Wissenschaft Entscheidungsgrundlage liefert und Politik Entscheidungen trifft.

trollierte Experimente. Nur so kann die Wissenschaft das notwendige Wissen erzeugen und die Entscheidungsgrundlagen für die Politik verbessern. Um „vorsichtig“ und gezielt zu lernen, sollte Deutschland sich seine föderale Struktur zunutze machen. Anstatt deutschlandweit einheitlich Maßnahmen auszurollen, deren Wirkungen nicht getrennt voneinander identifiziert werden können, könnten einzelne Maßnahmen, wie z. B. bestimmte Regelungen für Schul- oder Kitaöffnungen, zunächst in kleinräumigen Versuchen wissenschaftlich begleitet getestet werden. Auf diese Weise würde relativ schnell Wissen darüber entstehen, welche Maßnahmen am geeignetsten sind, um die gesundheits-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Ein solcher Ansatz setzt allerdings nicht nur ausreichend Testkapazitäten voraus, sondern erfordert auch, dass Politik und Bevölkerung es „ertragen“, dass an unterschiedlichen Orten in Deutschland – zumindest zeitweise – unterschiedliche Regelungen gelten. Erfolgreich getestete Maßnahmen könnten dann deutschlandweit eingeführt werden.

Damit politische Maßnahmen akzeptiert und Vorgaben befolgt werden, ist eine gute Kommunikation entscheidend. Politik sollte erklären, warum sie welche Entscheidung für wen trifft. Gemeinsam mit der Wissenschaft sollte sie vermitteln, wie wissenschaftliche Lernprozesse funktionieren und

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org

welchen Mehrwert kontrollierte (regionale) Experimente für alle haben können. Besonders wichtig ist es klar zu kommunizieren, dass Expertenrat zwar eine wichtige Grundlage für politisches Handeln ist, politische Entscheidungen aber nur durch Wahlen legitimierte Volkvertreter treffen können. Wissenschaftler sind keine besseren Politiker. Sie tragen mit ihrem Fachwissen dazu bei, eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Aufgabe von Politik ist es, Entscheidungen zu treffen und dafür gerade zu stehen. Dabei muss sie die vielfältigen relevanten Aspekte berücksichtigen und bewerten und bei Zielkonflikten abwägen. Gerade in der aktuellen Situation tun Wissenschaftler in der Kommunikation gut daran, immer wieder auf die Grenzen ihres Wissens hinzuweisen, sich auf ihre jeweilige Fachexpertise zu beschränken und zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und persönlicher Meinung sauber zu trennen. Guter wissenschaftlicher Praxis entsprechend sollten sie die Annahmen, auf denen die verwendeten Modelle beruhen, die Methodik und die gefällten Werturteile offen legen. Nur so kann die Güte der Modelle beurteilt und die Validität der aus ihnen zu ziehenden Schlussfolgerungen umfassend bewertet werden.

Da die aktuell getroffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen große Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche haben, ist anders als z. B. in der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 interdisziplinärer Rat heute besonders wichtig. Denn Politik muss bei ihren Entscheidungen über Maßnahmen zur Überwindung der Corona-Pandemie neben medizinischen u.a. auch wirtschaftliche, rechtliche, soziale, pädagogische und psychologische Aspekte berücksichtigen sowie Risiken und Folgewirkungen von Maßnahmen abwägen. Bereits seit 2008 gehört es zu den Aufgaben der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Politik und Öffentlichkeit inter-

disziplinär zu beraten. Speziell zur Beratung in der Corona-Krise sind zudem neue interdisziplinäre Gremien entstanden. So hat Nordrhein-Westfalen einen „Expertenrat Corona“ aus Medizinern, Soziologen, Philosophen, Ökonomen und Juristen ins Leben gerufen und in der Schweiz hat der Bund die Swiss National COVID-19-Task Force beauftragt, in zehn interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppen die drängendsten Fragen rund um die Pandemie zu bearbeiten.

Ganz generell kann Diversität zu robusterer und besserer Beratung beitragen. Vielfalt in der Beratung sollte sich daher nicht nur auf die verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen beschränken, sondern auch unterschiedliche Denkrichtungen innerhalb einer Disziplin sowie Alter und Geschlecht der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler umfassen. Die jüngst erfolgte Ernennung von zwei Frauen in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist daher insbesondere auch im Hinblick auf die Vielfalt der Beratung zu begrüßen.

Die Corona-Pandemie führt nicht nur dazu, dass vielfältiges neues Wissen entsteht über das Virus selbst, geeignete Maßnahmen zum Umgang mit ihm sowie über die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Folgen dieses Umgangs. Sie hat auch der Politikberatung zu einem Aufschwung verholfen. Wissenschaftlicher Rat hat Konjunktur-Berater, die medizinische oder ökonomische Zusammenhänge für die Politik und die breite Bevölkerung verständlich erklären können, werden zu Medienstars. Es ist zu hoffen, dass der Beitrag, den Politikberatung für eine bessere Politik leisten kann, auch nach der Krise erkannt und ihr Rat nachgefragt bleibt. Für die Politikberatung selbst ist zu hoffen, dass sie die Lehren aus der Krise mitnimmt und für andere Themenfelder nutzt.

Links zum Thema:

- Coronomics Podcast, Folge XVI: testen, testen, testen: <https://www.youtube.com/watch?v=a3JqedLvy-A>
- NDR Info Coronavirus-Update, Folge 24: „Wir müssen weiter geduldig sein“ <https://www.ndr.de/nachrichten/info/24-Coronavirus-Update-Wir-muessen-weiter-geduldig-sein,podcastcoronavirus166.html>
- OECD-Webinar „Politik in der Pandemie – Wie wichtig sind Vielfalt und Interdisziplinarität in Beratungs- und Entscheidungsgremien?“ <https://blog.oecd-berlin.de/politik-in-zeiten-der-pandemie-vielfalt-und-interdisziplinaritaet-in-entscheidungsgremien>
- Podcast „Demokratie in der Corona-Krise“, Wissenschaftler als bessere Politiker? vom 1.4.2020 <https://www.ardaudiothek.de/im-gespraech/demokratie-in-der-corona-krise-wissenschaftler-als-bessere-politiker/73905868>
- SRF „Die Stunde der Fachleute“, Interview mit Caspar Hirschi <https://www.srf.ch/play/radio/echo-der-zeit/audio/die-stunde-der-fachleute?id=fc1a3f88-c74b-4ad3-a453-3a63f0fb0867>

Impressum

ECONWATCH

Gesellschaft für Politikanalyse e.V.

Poststraße 12

10178 Berlin